

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
1. Tagung des 3. Landesparteitages
13./14. August 2011, Stadthalle Rostock

Beschluss

Für ein soziales, friedliches und solidarisches Europa – gegen Armut, Sozialabbau und Lohndumping

Die Europäische Union konsequent in eine Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion, eine Umwelt- und Friedensunion verändern! – Europa braucht einen Richtungswechsel!

Die Europäische Union befindet sich im Zusammenhang mit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise in der kritischsten Situation ihrer Existenz. Seit der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages wird das Gros der Lebensverhältnisse von heute 550 Millionen Menschen in der auf 27 Mitgliedstaaten gewachsenen EU durch Entscheidungen in "Brüssel" bestimmt – als politisches Ergebnis des Zusammenspiels von 27 nationalstaatlichen Akteuren der Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen: EU-Rat, EU-Kommission, Europäisches Parlament und Europäische Zentralbank. Dem kann man sich nicht entziehen. Dem wollen wir uns nicht entziehen.

Denn die Struktur der Politikentscheidung in der EU – gemeinschaftliche Währungspolitik, aber nationalstaatliche Verantwortung für wirtschaftspolitische Entscheidungen und soziale Folgen – gerät unter dem Beharren auf neoliberalen Wirtschaftsdogmen durch die politisch Verantwortlichen und Hauptnutznießer des Finanzmarktkapitalismus immer mehr selbst zu einer Ursache für die Krise. Sie bedrohen real die weitere europäische Integration. Die bisherigen Entscheidungen und Gesetzesvorschläge aus Brüssel, Berlin, Paris oder auch Budapest und Athen, immer neue Rettungspakete und EU-Gipfel werden den Ursachen dieser Krise in keiner Weise gerecht. Im Gegenteil, diese werden mit alten Rezepten und dem Verweis auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes weiter verfestigt. Gerade die Regierung Merkel setzt auf die Lösung der Krise durch deregulieren, liberalisieren, privatisieren, Renten und Sozialleistungen kürzen, sprich weiteren Abbau des Sozialstaates. Begleitet wird dieser Prozess durch eine unverhohlene, aber wirksame Stimmungsmache gegen die Krisenländer, die ihre Schuldenberge durch eine unverantwortliche Haushaltspolitik selbst verursacht hätten. Eine „Transferunion“ wird von der Bundesregierung abgelehnt. Vom eigenen schuldhaften Anteil am Zustandekommen der Krise wird nicht gesprochen. Mit dieser Strategie soll erreicht werden, dass die Bürgerinnen und Bürger den vermeintlichen Sachzwang schmerzhafter Einschnitte akzeptieren.

Für die Partei DIE LINKE. M-V steht fest: Die Eurokrise ist keine klassische Krise. Die Krise in der Eurozone ist eine Folge der neoliberalen Politik der letzten Jahre, die unter anderem die Finanzmärkte von ihren letzten Schranken befreit hat. Deutschland als jahrelanger „Exportweltmeister“ trägt mit seiner Lohndumpingpolitik der letzten 10 Jahre eine wesentliche Mitverantwortung an der aktuellen Eurokrise.

Die bisherigen Entscheidungen und Gesetzesvorschläge stellen nicht nur die politischen Ziele der europäischen Integration in Frage. Sie drohen vielmehr auch bisher erreichte und vereinbarte Werte und Prinzipien des Zusammenlebens in Europa zu zerstören: Solidarität, soziale Gerechtigkeit und gegenseitige Unterstützung zur Überwindung ungleicher Lebensverhältnisse, Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Überwindung der Benachteiligung von Frauen und Mädchen sowie umweltgerechte nachhaltige Entwicklung. Der Frieden in Europa wird nur Bestand haben, wenn die innergesellschaftlichen Voraussetzungen für Frieden - soziale Gerechtigkeit und die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand – für alle in der EU lebenden Menschen gesichert werden. Der soziale Zusammenhalt Europas steht auf dem Spiel!

Die Partei DIE LINKE. M-V beobachtet mit großer Sorge, dass eine ganze Generation von jungen Menschen durch diese Politik ihrer Zukunft beraubt wird. Sie ist in Europa überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen, wird immer mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt, statt die Möglichkeit zu haben, ihre Zukunft aktiv mitzugestalten. Diese Politik geht einher mit einer beispiellosen Endsolidarisierung zwischen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die LINKE wird es auch in unserem Bundesland nicht zulassen, dass gerade die junge Generation ihrer Zukunft durch eine Politik des „Weiter so“ ihrer Perspektive beraubt wird; nicht in Mecklenburg-Vorpommern, nicht in Deutschland und nicht in Europa. Eine Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion, eine Umwelt- und Friedensunion bietet viel mehr reale Möglichkeiten für eine geschlechter- und generationengerechte Chancengleichheit für Bildung und Weiterbildung, für kulturelle und nationale Vielfalt, für Austausch und für Bewahrung des Leben und Arbeitens in ländlichen Räumen.

DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern wendet sich entschieden gegen jegliche Versuche, die Krisenprozesse in der EU für nationale oder nationalistische Ziele zu missbrauchen und beteiligt sich mit allen anderen demokratischen Kräften am demokratischen Widerstand gegen das Erstarken nationalistischer und rechtspopulistischer Kräfte.

Aus Sicht der Partei DIE LINKE. M-V ist es umso dringender, dass der DGB und seine Einzelgewerkschaften, die Sozialbewegungen Europas aber auch die Parteien der Europäischen Linken Widerstand organisieren und Alternativen für ein soziales Europa gemeinsame Alternativen entwickeln.

Für die Partei DIE LINKE. M-V steht fest, dass die Struktur- und Regionalpolitik und die gemeinsame Agrarpolitik, aus dem EU-Haushalt finanziert, in den letzten Jahrzehnten ein wichtiger Pfeiler für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes war. Die Fortführung der Struktur- und Regionalpolitik und der gemeinsamen Agrarpolitik EU-weit, neu strukturiert und alle 27 Mitgliedsstaaten solidarisch einbeziehend sowie über das Jahr 2014 hinaus, wird nur möglich sein, wenn es gelingt, die aktuellen Krisenprozesse in der EU zu überwinden.

DIE LINKE wird sich in Mecklenburg-Vorpommern dafür einsetzen, die entscheidenden Voraussetzungen für eine Fortsetzung der europäischen Integration in der nationalen wie Landespolitik zu schaffen. Darum steht DIE LINKE. M-V für eine Veränderung der primärrechtlichen Bestimmungen des Lissabonner Vertrages, die die Weiterentwicklung der EU zu einer realen Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion, einer Umwelt- und Friedensunion ermöglicht. Im Kern geht es unter anderem darum, die Finanzmärkte nicht nur zu überwachen, sondern wirksam zu regulieren. Notwendig ist die unverzügliche Einrichtung eines Systems der makroökonomischen Koordination und Überwachung der Euro-Region. Dabei sind die gemeinschaftlichen Belange der 550 Millionen Menschen in der EU in den Vordergrund zu stellen. Partikularinteressen der einzelnen Mitgliedstaaten und ihrer Finanz- und Wirtschaftskonzerne sind zurückzudrängen. Ratingagenturen ist die Bonitätsprüfung der Euroländer zu entziehen. Wir sind für eine öffentlich-rechtlichen Rating-Agentur bzw. die Zuordnung der Bonitätsprüfung der Euro-Länder zum Aufgabenkatalog der EZB. Um die Krisenverursacher zur Kasse zu bitten, muss eine Finanztransaktionssteuer und eine Bankenabgabe eingeführt werden. Wir fordern die demokratische Kontrolle der EZB und des europäischen Zentralbanksystems. Notwendig ist die Auflage und Herausgabe von Eurobonds. Es geht insgesamt in diesem Bereich um die Wiederherstellung der Macht der Politik über die Finanzmärkte. Nur dies kann und wird mittelfristig die Realwirtschaft stärken und somit insbesondere den kleinen und mittelständischen Unternehmen und damit der Schaffung von Arbeitsplätzen zugute kommen. Und es hat unmittelbare Auswirkungen auch für die nationalen und künftigen EU-weiten Mechanismen für den Ausgleich wirtschaftlicher Ungleichgewichte.

Überschuss- und Defizitländer müssen sich gemeinsam am Abbau der Ungleichgewichte beteiligen. Für Deutschland bedeutet das, Ausstieg aus dem Niedriglohnsektor durch die Schaffung eines gesetzlichen Mindestlohnes und die Ausweitung der öffentlichen Investitionen.

DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern setzt sich ein für einen konsequenten sozial-ökologischen Wirtschaftsumbau: Gerade dieser kann erhebliche Triebkräfte für ein EU- weites Investitions- und Konjunkturprogramm entfalten und in der aktuellen Finanzkrise Gegensteuerungen ermöglichen, die weit über den Rahmen der EU auch der internationalen Verantwortung der EU für ein nachhaltiges Wirtschaften und friedliches Zusammenleben der internationalen Staatenwelt gerecht werden.

DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern wendet sich gegen die Militarisierung der Sicherheits- und Außenpolitik der EU: von europäischem Boden darf nur Frieden ausgehen! Abrüstung und Konversion sind auch sozial, ökologisch und wirtschaftlich vorwärtsweisende Projekte.

DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern ist gefordert, sich grundsätzlich zu wichtigen, zentralen Entwicklungen und Entscheidungen auf der EU-Ebene zu verhalten. Die erfordert die Positionierung und Aktivität aller Parteimitglieder.

Sie wird sich aktiv mit eigenständigen Konzepten in diese Diskussion einbringen. Daher wird sich eine Tagung des dritten Parteitages im Jahre 2012 mit europapolitischen Fragen befassen. Um den Menschen in Europa eine Perspektive zu geben, muss Europa neu und gerechter ausgerichtet werden - dafür steht DIE LINKE.